

Bildungsvielfalt steht in starkem Gegenwind

Nein-Komitee Grosse Namen
und alle Parteien vertreten

Die Initiative «Bildungsvielfalt für alle», über die das Baselbiet im nächsten Halbjahr abstimmen wird, sei «auf den ersten Blick verlockend». Das wenigstens wird dem Anliegen der in Reinach domizilierten «Elternlobby Schweiz» von den Gegnern attestiert. Die Initiative, die im Oktober des vergangenen Jahres lanciert worden ist, fordert, vereinfacht gesagt, eine staatliche Unterstützung der Privatschulen im Rahmen der Staatsschulen.

Beschränkte sich die offizielle Gegnerschaft bisher auf Verbände aus dem Bildungsbereich, so trat gestern erstmals ein Komitee mit dem Namen «Privatschul-Initiative Nein» an die Öffentlichkeit, dem ein zehnköpfiges Co-Präsidium vorsteht, in welchem alle grossen Parteien namhaft vertreten sind. Die FDP zum Beispiel wird repräsentiert durch Nationalrat Hans Rudolf Gysin, den Wirtschaftskammer-Chef, der sich bereits im September dezidiert gegen die Initiative ausgesprochen hat, und dazu durch Landrätin Bea Fünfschilling, die Präsidentin des Lehrerinnen- und Lehrervereins Basel-Stadt. Weitere «Berner» im Co-Präsidium sind Claude Janiak und Susanne Leutenegger Oberholzer von der SP sowie Maya Graf von den Grünen. Maya Graf hat kürzlich noch an einer Podiumsdiskussion des Pro-Komitees in Zwingen mitgewirkt, sich aber schon damals klar gegen die Idee ausgesprochen, dass Privatschulen vom Kanton pro Schüler den Betrag erhalten, auf den das Kind in einer Staatsschule zu stehen käme.

Ebenfalls auf dem Podium der «Elternlobby» in Zwingen sass SVP-Landrat Georges Thüning, der sich nun dem Co-Präsidium der Gegner angeschlossen hat. Allerdings ist er auf der Liste der Mitglieder bis jetzt der einzige Vertreter seiner Partei, die mit Thomas de Courten allerdings auch im Pro-Komitee vertreten ist. Unter den Gegnern – sie schreiben lieber von der «Privatschul-Initiative», während die Befürworter «Bildungsvielfalts-Initiative» bevorzugen – sind neben vielen Bildungspolitikern und -politikerinnen auch verschiedene Lehrerorganisationen und die Konferenz der Baselbieter Schulratspräsidenten vertreten. Damit hat der Titel über der Mitteilung, mit der die Gegner gestern an die Öffentlichkeit traten, durchaus seine Berechtigung: «Breite Ablehnung der Privatschul-Initiative». Die Initiative wird darin als «undurchdacht» abqualifiziert.

CVP-Landrätin Elisabeth Schneider, die ebenfalls dem Co-Präsidium angehört, ist überzeugt, dass bei einer Annahme der Bildungsvielfalts-Initiative die jetzige Staatsschule «absolut geschwächt» würde. Sie befürchtet «amerikanische Verhältnisse»: «Die Bildung darf aber nie eine Frage des Geldes der Eltern werden», sagt sie.

Die ehemalige Landratspräsidentin ist auch überzeugt, dass sowohl Regierung als auch Landrat die Initiative zur Ablehnung empfehlen werden. Gleichwohl verspricht sie, dass sich das neu formierte Gegenkomitee nicht einfach zurücklehnen, sondern mit Informationsveranstaltungen an die Öffentlichkeit treten wird. Eines zeigt ihr die Initiative aber: «Die Staatsschulen müssen ihre Strukturen noch stärker den Bedürfnissen ihrer «Kundschaft» anpassen», sagt sie und denkt etwa an die Tagesschulen. (JG)